

# Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis für das 3. Quartal 1500 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 300 Mark, Reklame 1000 Mark, für Versammlungsanzeigen 2 Mark pro Bille. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

## Beginnende Erkenntnis im Unternehmerlager

Von den Tagen ihrer Gründung an wurden unsere Bauproduktivgenossenschaften seitens des privaten Baugewerbes auf das heftigste bekämpft, und der schwerste Vorwurf, den man mit Bedacht uns, den Vorkämpfern einer wahren Volksgemeinschaft, entgegenstellte, war der, wir wollten durch unsere Genossenschaften das private Baugewerbe, den selbständigen Handwerkerstand, zu Boden ringen und vernichten. Demgegenüber haben wir mit unserer Meinung nie hinter dem Berge gehalten. Sehr ausführlich setzten wir uns mit diesem Vorwurf in Nr. 15 der „Baugewerkschaft“, Jahrg. 1921, auseinander. Darin betonten wir, daß die privaten Unternehmer selbst es in der Hand hätten, die zukünftige Entwicklung der Produktivgenossenschaften zu beeinflussen. Drei Möglichkeiten wären gegeben: Wenn der Genossenschaftsbetrieb sich als die dem privaten Unternehmerbetrieb bei weitem überlegene Betriebsform herausstellte, würde in der Tat keine Macht der Erde den Untergang der privaten Baugeschäfte aufhalten können, im entgegengesetzten Falle aber würden die Genossenschaften sehr bald wieder von der Bildfläche verschwinden. Als wahrscheinlicher aber bezeichneten wir die dritte Möglichkeit: Genossenschaftsbetriebe und private Unternehmerbetriebe arbeiten in edlem Wettstreit nebeneinander. Damit gaben wir gewiß nicht unsere grundsätzliche Einstellung zur Gemeinwirtschaft preis, ohne uns aber den Blick für das trüben zu lassen, was unter den gegebenen Verhältnissen erreichbar und unerreichbar war.

Während wir so den selbständigen Handwerkerstand von dem Wahne zu heilen versuchten, als ob wir seine Vernichtung wollten, machten wir ihn gleichzeitig auf eine andere, umstritten größere Gefahr aufmerksam, die ihn seitens der Großindustrie und infolge der anormalen wirtschaftlichen Verhältnisse bedrohte. So schrieben wir in Nr. 3 des laufenden Jahrganges: „Wir sind durchaus keine Feinde dieser kleinen selbständigen Existenzen, und unsere Genossenschaften wollen sie am wenigsten um ihr Brot bringen. Nicht wir, sondern die Macht der heutigen Wirtschaftsverhältnisse bedrohen ihre Existenz.“

Lange wollte man unseren Erklärungen und Warnungen keinen Glauben schenken. Man stellte sie als Heuchelei und Täuschung der Öffentlichkeit hin und ließ sich durch nichts von dem rückwärtslosigen Kampf gegen unsere damals noch in den Kinderschuhen stehende Genossenschaftsbewegung abbringen, anstatt sie als etwas Gegebenes hinzunehmen und in edlem Wettstreit mit ihnen an der Hebung der deutschen Bauwirtschaft zu arbeiten. Das gerade war einem ja unbecom, man wollte sich eben den heimlichen Konkurrenten vom Hals schaffen, und das Märchen von unserem Vernichtungswillen gegenüber dem selbständigen Handwerkerstande mußte dazu erhalten, vor der Öffentlichkeit die eigene Absicht zu rechtfertigen, die noch junge Genossenschaftsbewegung mit allen erdenklichen Mitteln abzuwürgen.

Nun, das ist nicht gelungen, und die paar Jahre, die seitdem verstrichen sind, haben sowohl der Öffentlichkeit wie auch dem privaten Baugewerbe gezeigt, was von unserer Bewegung zu halten ist. Die hierdurch sich anbahnende vernünftigerer Beurteilung der Sachlage kommt in einem recht bemerkenswerten Artikel des Schriftleiters der rheinisch-westf. „Bauzeitung“, betitelt „Frontwechsel oder der Untergang des selbständigen Gewerbes“ zum Ausdruck.

Darin wird festgestellt, daß hauptsächlich auf drei Gebieten Kräfte am Werke sind, die die bisherige Position des Baugewerbes bedenklich schnell unterhöhlen. Vor allem sind das die Großindustrie und die kapitalistische Konzentration. Mit einer Rücksichtslosigkeit nämlich, die ein wesentliches Charaktermerkmal der gegenwärtigen großindustriellen Führernaturen ist, sind die Industrielager fast überall dazu übergegangen, Bau-

betriebe in eigene Regie zu übernehmen. Diese Betriebe haben sich nach und nach immer mehr diejenigen Auftragsgebiete angeeignet und übernommen, die bis vor kurzer Zeit das Hauptlebensgebiet vieler selbständiger mittlerer und kleinerer Baubetriebe gewesen waren. Wo diese Bewegung noch nicht so rigoros und für unser selbständiges Bauhandwerk noch nicht so entwürzelt aufgetreten ist, ist es den modernen Baugesellschaften auf Aktien mit Hilfe ihrer finanziellen und personellen Verbindungen mit den Industrielagern gelungen, eine fast vollkommen durchgeführte Vertreibung des selbständigen mittleren und kleineren Bauhandwerks aus seinem bisherigen Arbeitskreis in der Industrie zu vollenden.“ Daneben drohen die Folgen der Selbstentwertung des Baugewerbes zu zerstören. Die Schwierigkeiten einer schnellen Bauabrechnung in Verbindung mit der Resistenz zahlreicher Bauherren, den Wünschen nach beschleunigter Zahlungsweise und neuen Formen der Bauabrechnung nachzukommen, hätten das Baugewerbe auf das schwerste geschädigt.

An dritter Stelle würde schließlich das Vordringen der Arbeitergenossenschaften als eine schwere Bedrohung des selbständigen Baugewerbes angesehen. Doch schon früher habe der Verfasser darauf hingewiesen, daß das Aufkommen der Arbeitergenossenschaften wohl als Konkurrenz eine für das bisherige selbständige Baugewerbe als Klasse nicht unbedenkliche, als berufszerstörende Gefahr jedoch keineswegs so feindliche Erscheinung zu werten sei. Als Konkurrenz könnten die Produktivgenossenschaften vor allem vermöge ihrer politischen Beziehungen, ihrer sozialen Geschlossenheit und ihrer den Wünschen vieler Auftraggeber entsprechenden Ziele in die Erscheinung treten. Dann heißt es weiter:

„Hier hat nun die Ideologie der Arbeitergenossenschaften eine Vorzugsstellung gegeben, die nicht ernst genug genommen werden kann. Die überaus rege Tätigkeit der deutschen Baugilden hat es in kurzer Zeit vermocht, sich den modernen Anforderungen einer Bauwirtschaft durch großzügiges Anpassen der Rohstofffrage anzupassen. Ihre bauwirtschaftliche Verwurzelung ist gesichert. Die organisationspolitische und propagandistische Betätigung ihrer Zentrale in Berlin ist, unterstützt durch ihre natürlichen, zahlreichen und wichtigen Beziehungen zu den maßgebendsten Stellen eine vorbildliche. Gelingt es diesen Gilden, eine größere, innere Beteiligung in ihren Reihen, verbunden mit einer intensiveren Heranbildung sachlich geschulter und erfahrener Kräfte zu erreichen, so werden sie Konkurrenten inter pares“ (d. h. Konkurrenten auf gleichem Fuß). Wir betonen noch einmal: in den Baugilden sehen wir dann kein berufszerstörendes, sondern ein nicht unwichtiges, berufserhaltendes Element. Als geschichtlich Bedenkliche und Schande wissen wir, Massen können zerstört werden und verschwinden, wenn sie nicht mehr ihre natürliche Lebenskraft haben. Sie müssen dem Neuen Platz machen.“

Während so ganz in dem von uns wiederholt zum Ausdruck gebrachten Sinne einer vernünftigen Beurteilung der Genossenschaftsbewegung das Wort geherbet wird, wird gegenüber dem „nivellierenden Uebermächtigwerden der Konzerne und großindustrieller Werke, der sogenannten Industrieherzöge“ ein Frontwechsel gefordert, „um unser nacktes Leben vor dem über Berufe, Kultur und soziale Stabilität öde hinwegwalzenden Industriekapital zu retten“. Hiergegen helfe nur ein unserer Wirtschaftsentwicklung entsprechender Zusammenschluß der Baubetriebe: „Ebenso wie die zu Genossenschaften aus der Not ihrer Lage zusammengeschlossenen Bäckermeister gegenüber dem Andrang der Konsumgenossenschaften sich zu einer lebensstarken Vereinigung gefunden hätten, so würde auch im Baugewerbe eine ähnliche Entwicklung einen entsprechenden Erfolg zeitigen. Doch möglicherweise wäre es auch hierzu schon zu spät. Der Ruf hat klug in folgende Warnung aus: „Die Erbitterung, besonders bei dem kleineren, selbständigen Handwerk ist so groß, so tiefgehend, wie die Bunden sind, die das rigorose Vorgehen einzelner Industrielager“

in den Betrieb und das Lebensgefühl des aufrechten Mannes geschlagen haben. Man täusche sich nicht über die Kampfesstellung, die in naher Zukunft eingenommen wird. Wird erst von dieser Stoßtruppe sozialer Beständigkeit der Angriff vorgetragen, so wird die von vielen Unterhöhlungen ausgehende Eroberungsreise ein Werk des Tages sein.“

Diese ehrlichen und mutigen Worte gepaart mit klarer Erkenntnis des Notwendigen, müssen gewiß den Beifall eines jeden finden, der in dem selbständigen Handwerkerstande ein Gegengewicht gegen den nivellierenden und alles verschlingenden Großbetrieb sieht. Besonders erfreulich aber ist, daß hierdurch dem selbständigen Handwerke einmal die Augen über seine wirkliche Lage geöffnet werden. Denn darin liegt die erste Voraussetzung für seine Wiedergesundung. Zeigt es ihm den Willen und die Kraft, den toten Punkt zu überwinden, und so am Ausbau und an der Weiterentwicklung der deutschen Bauwirtschaft entscheidend mitzuarbeiten, so wird das nicht allein ihm selbst, sondern ebenso unserer ganzen deutschen Wirtschaft zum Vorteil sein. Dann wird das Eintreten, was wir schon vor zwei Jahren als das Wahrscheinliche und Erstrebenswerte hinstellten: Genossenschaftsbetriebe und private Unternehmerbetriebe arbeiten in edlem Wettstreit miteinander zum Segen unserer Wirtschaft und unserer wohnungslosen Volksgenossen!

## Bum Lohnproblem

### Der Stand der Verhandlungen

Am 25. Juni fand im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des Ministers eine Sitzung der gewerkschaftlichen Spitzenverbände und der an der Frage der weitbeständigen Löhne mitinteressierten Reichsministerien statt. Durch die Beratungen wurden die Grundlagen für einen weitbeständigen Lohn ein gutes Stück gefördert, obwohl der Vertreter des Reichsfinanzministeriums gewisse Bedenken hinsichtlich einer dadurch möglicherweise erfolgenden völligen Verödung unserer Währung zum Ausdruck brachte.

Die Besprechungen über die Umgestaltung des bisherigen Lebensunterhaltensindex des Reichstatistischen Amtes zu einer fortlaufend wöchentlich zu veröffentlichten brauchbaren Messziffer wurden zum Abschluß gebracht. Noch diese Woche tritt im Statistischen Amt eine Kommission zusammen, die die Art- und Umgestaltung des Reichsindex durchführt. In dieser Kommission werden die Gewerkschaften durch Vertreter mitarbeiten.

Man einigte sich auf eine allwöchentlich, herausstichtliche Mittwoch-, zu veröffentlichte Messziffer. Das Reichstatistische Amt tritt schon heute auf dem Gekwege — möglichst telephonisch — mit den Städten, die ihr die Grundlage für die derzeitigen Lebenshaltungsberechnungen liefern, in Verbindung, um mit ihnen die notwendigen Änderungen des Meldedienstes zu besprechen.

Gegenüber sehr optimistisch gefärbten Berichten in der Presse wurde dann seitens des Reichsarbeitsministeriums folgende Berichtigung herausgegeben:

„Neben der Verhandlung im Reichsarbeitsministerium am 25. Juni wegen der Weitbeständigkeit der Löhne ist in der Presse eine Notiz erschienen, wonach der Reichsarbeitsminister von sich aus auf gefestigtem Wege vorgehen werde, falls eine Einigung innerhalb der Zentralarbeitsgemeinschaft über die Durchführung der Anpassung der Löhne und Gehälter an den verbesserten Index nicht erzielt werden sollte. Dies könnte irrtümlich dahin verstanden werden, daß das Reichsarbeitsministerium schon jetzt entschlossen sei, die Anpassung an den Index durch Gesetz vorzuschreiben. Das Reichsarbeitsministerium weist demgegenüber ausdrücklich darauf hin, daß es zu der Frage, wie die Anpassung durchzuführen sei, noch nicht endgültig Stellung genommen habe. Die bisherigen Verhandlungen dienten lediglich zur Klärung der verschiedenen Meinungen. Endgültige Beschlüsse sind bisher nur hinsichtlich der Verbesserung des Index gefaßt worden.“

Eine weitere Klärung der Frage ist kaum vor Dienstag, den 3. Juli, zu erwarten, wo im Reichsarbeitsministerium neue gemeinsame Verhandlungen stattfinden. Am 28. 6. waren die Arbeitgeber in ihren Spitzenverbänden sehr lebhaft mit dieser Frage beschäftigt. Darüber berichtet die N. B. vom 28. Juni in ziemlich unklarer Weise:

„Die in der Zentralarbeitsgemeinschaft geführten Verhandlungen über die Frage der weitbeständigen Löhne bilden heute den Gegenstand von Beratungen innerhalb des Reichsverbandes der Fabrikanten. Die Differenz zwischen dem Arbeitgeber- und Arbeitnehmerstandpunkt beruht auf der Forderung der Gewerkschaften, nicht ein für allemal eine Lohnregelung herbeizuführen, die dann mit Hilfe der geltenden Indexzahlen automatisch der Geldentwertung angepaßt würde, sondern den Grundlohn, wie bisher, zum Gegenstand von Verhandlungen machen zu können, während nur die Geldent-

Vertrag zwischen zwei berechneten Verhandlungsterminen durch die Inanspruchnahme automatisch werden soll.

Die Arbeitnehmer (ist wohl Druckfehler und muß heißen Arbeitgeber. D. Red. d. Baugewerkschaft) stehen demgegenüber auf dem Standpunkt, daß diese Lösung undurchführbar sei. Sie haben offenbar auch ein Interesse daran, der Gegenseite nicht von sich aus die bisher durch die Verhandlungen gebundenen Kräfte frei zu machen für den Kampf um eine Erhöhung des absoluten, also nicht von der Geldentwertung abhängigen Lohnniveaus.

Die Verhandlungen am 29. Juni in der Zentralarbeitsgemeinschaft haben leider zu keinem Ergebnis geführt und müssen einstweilen als gescheitert betrachtet werden.

Während die Arbeitnehmer nach wie vor einen für längere Zeit (etwa 1-3 Monate) tariflich vereinbarten Grundlohn mit Zuschlägen nach einem verbesserten Lebenshaltungsindezes haben wollten, erklärten die Arbeitgeber, daß sie die Bemessung von Zuschlägen nach einem Lebenshaltungsindezes nicht abtagieren können. Sie glaubten, an ihren Vorschlägen, nach welchen unter Zugrundelegung des jetzigen Lohnes eine Bewertung desselben nach dem Stande der Entlohnung des Goldankaufpreises (Anrechnung zu 80 Prozent) in kurzfristigen Tarifverhandlungen vorgenommen werden soll, festhalten zu müssen. Nachdem die Arbeitnehmer ohne Unterschied der Richtung erklärten, daß sie für die Anpassung der Löhne nicht einen Berechnungsfaktor anerkennen wollten, der nicht von der tatsächlichen Preisen und Verhältnissen ausgeht, und für jede Festsetzung (wie das beim Goldankaufpreis der Fall ist) ganz andere Gesichtspunkte maßgebend sind, hatte es keinen Zweck, zunächst noch weiter zu verhandeln.

An die Feststellung dieser Tatsache knüpft „Der Deutsche“ folgende Bemerkungen:

Dieses Ergebnis der Verhandlungen der Zentralarbeitsgemeinschaft ist sehr zu bedauern. Wenn auch die Arbeitgeber erklärten, daß sie alles tun würden, um den schwierigen Verhältnissen in der Lohnfrage, so weit es nur irgend möglich ist, Rechnung zu tragen und daß sie jederzeit bereit seien, in weitere Verhandlungen einzutreten, so darf man sich doch darüber keine Täuschung hingeben, daß der ergebnislose Verhandlungsversuch in der Zentralarbeitsgemeinschaft die Verzerrung und Lähmung in der Arbeitnehmerschaft sehr stark steigern wird.

Die Arbeitnehmer werden nun mit allem Nachdruck versuchen, ihre Vorschläge in die Praxis umzusetzen. Die Verhandlungen über die Veröffentlichung eines Wochenindex sind bereits so weit gediehen, daß die Verwirklichung des Gedankens bevorsteht. Mit dem Reichsstatistikamt sind weitere Besprechungen statt. Hoffentlich führen die kommenden Tarifverhandlungen, in denen die Arbeitnehmer die Verwirklichung ihrer Wünsche verlangen, infolge des Verhaltens der Arbeitgeber nicht zu Wirtschaftskämpfen. Nichts wäre mehr geeignet, die inneren Schwierigkeiten aufs höchste zu steigern als dieses. Deshalb muß alles geschehen, um die kritische Frage der Wertbeständigkeit der Löhne besorgniserregend einer praktischen Lösung entgegenzuführen.

Ein wertbeständiger Lohnvertrag.

Im Deutschen Schneidergewerbe hat man bereits kürzlich folgenden wertbeständigen Lohnvertrag abgeschlossen, der allerdings unserer Forderung nach Restrukturierung der Grundlohn nicht Rechnung trägt:

Bereinbarung

zwischen dem Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe, Sitz München, und dem Deutschen Bekleidungsarbeiterverband, Sitz Berlin,

dem Reichsverband christl. Arbeitnehmer des Bekleidungs-gewerbes, Sitz Köln,

und dem Gewerbeverein der Schneider, Schneiderinnen und verwandten Berufsgenossen Deutschlands, Sitz Berlin.

I.

Im Interesse der wünschenswerten raschen Anpassung der Löhne an die Feuerungsverhältnisse und zum Zweck der Verringerung des Verhandlungsapparates vereinbaren die unterzeichneten Verbände, daß die Löhne für die Zeit vom 1.-28. Juli 1923 auf dem Lohnniveau des Eisenacher Abkommens unter Anwendung der durch die wöchentlichen statistischen Erhebungen ausgewiesenen Verteuerungsziffern festgesetzt werden.

II.

Dies geschieht in der Weise, daß allwöchentlich am Donnerstag in nachfolgenden Städten Erhebungen über die Feuerungsverhältnisse mittels der vereinbarten statistischen Lebensauswandsbogen vorgenommen werden:

- Aix-la-Chapelle, Aue, Berlin, Bielefeld, Blankenburg, Braunschweig, Breslau, Cottbus, Dresden, Elberfeld, Eschwege, Finsterwalde, Frankfurt a. M., Friedberg, Gardelegen, Götting, Hamburg, Heilbronn, Jena, Kaiserslautern, Karlsruhe, Köln, Mannheim, München, Osnabrück, Pößneck, Rastatt, Schweinfurt, Wiesbaden, Worms, Zwickau.

Zur Vergleichung der Feuerungsziffern kommen diese ermittelten Zahlen der vorgenannten Städte getrennt für das besetzte und unbesetzte Gebiet, ohne Rücksicht auf die früheren Gruppen-Indexziffern in Betracht.

III.

Die durch die jeweiligen Erhebungen ausgewiesene im Verhältnis zur vorherigen Erhebung eingetretene prozentuale Durchschnittsverteuerung der vorgenannten Städte wird auf die Gruppenlöhne der Vorwoche aufgelegt und zwar getrennt für das besetzte und unbesetzte Gebiet.

IV.

Die Lohnzulage für die erste Woche (vom 1.-7. Juli) beträgt die ausgewiesene Verteuerungszifferung vom 16.-28. Juni unter Anrechnung von 20 Proz., welche durch die Lohnfestsetzung für die Lohnwoche des 24. Juni als abgegolten gelten.

V.

Beiden Parteien steht es frei, diese Vereinbarung am Sonnabend, den 14. Juli, für Sonnabend, den 21. Juli anzuführendigen.

Eisenach, den 24. Juni 1923.

Lohnproblem und öffentliche Meinung

Sie sind im vorstehenden Aufsatz nicht auf die politische Seite des Problems eingegangen. Diese ist aber von ausschlaggebender Bedeutung. So schreibt der Leitartikel des „Berliner Tageblatts“ (Nr. 284), Erich Dombrowski:

Das Reich, die Länder, die Gemeinden und große privatwirtschaftliche Unternehmen versuchen schon seit Wochen, sich langsam von dem verwirrenden Markttaumel zu emanzipieren. Ein innerer Dollarkredit wurde aufgenommen, Roggen-, Kohlen-, Kalksteine-

wurden aufgelegt. Die Sparkassen richteten Goldkonten ein. Branchenkonzerne aller Art gaben ihre Preise nach einem bestimmten Schlüssel, der sich nach dem jeweiligen Wertschwund richtete. Die Güter werden mit einem variablen Goldaufschlag erhoben. In der Steuergesetzgebung ist ein heftiger Kampf um die sogenannte Geldmarktentwertung. Mit anderen Worten: Nicht eine Deflation, die ja auch erst bei einer Stabilisierung der Währung einen Sinn hätte, ist im Auge, sondern eine Wertschwund- oder Ueberwindung der Mark als Wertmesser im inneren deutschen Wirtschaftsleben. Nur auf einem Gebiet hat diese Bewegung bisher halt gemacht: bei den Löhnen und Gehältern. Nachdem die Mark fast nur noch in einem papierernen Umlaufmittel geworden ist, ohne einen konstanten Kaufwert zu haben, muß auch dieser letzte Schritt getan werden. Auch die Löhne und Gehälter werden künftig nach einem bestimmten Schlüssel in Papiermarken aufgestellt werden müssen. Das ist heute die eine große soziale und politische Frage, von der alles weitere in Deutschland abhängt. Gelingt es, sie schnell und entschlossen positiv zu beantworten, dann ist den wilden französischen Wutstößen auf die deutsche Mark die Spitze abgebrochen. Über ein Problem aufzuwerfen, heißt noch nicht, es lösen. Denn darüber muß man sich klar sein, daß ein Uebergang zum wertbeständigen Lohn die gesamte deutsche Produktion vor eine Belastungsprobe stellen wird, die ihresgleichen in all den letzten Jahren der Vergangenheit nicht hat.

Wie ist ein wertbeständiger Lohn zu erreichen? Die verschiedensten Vorschläge sind dafür gemacht worden. Man hat als Maßstab die Indexziffer des Reiches, den Goldaufschlag, den Kohlen- und Roggenpreis und anderes mehr angesetzt. Gut. Aber damit allein ist es nicht getan. Zunächst sind unferes Ertragens drei Voraussetzungen festzustellen. Die erste: Friedenslöhne und -gehälter sind zurzeit nicht möglich. Der 25prozentige Produktionsrückgang seit dem Antritte belastet fast jedes Unternehmen. Ferner der Reparationsfaktor, der ebenfalls auf 25 Prozent zu veranschlagen ist. Allerdings entfällt von ihm ein Teil auch auf die Arbeitnehmer, die als Konsumenten höhere Preise für die einzelnen Produkte zu zahlen haben. Die zweite: Die noch bestehenden Teile der Zwangswirtschaft, vor allem im Wohnungswesen, haben gewisse Auswirkungen des Arbeitnehmers für den täglichen Lebensunterhalt gegen ein künstlich herabgesetzt. Die dritte: Jedes Einkommen soll normalerweise in eine Quote, die dem unmittelbaren Verbrauch dient, und in eine weitere Quote, die zur Bezahlung von Produkten erforderlich ist, die über den Tag hinausreichen (Mäße, Kleider, Kohlen, Rücklagen für das Alter). Diese drei Momente werden gewissermaßen die Grundlage zu bilden haben, mit der alle Kalkulationen für den sogenannten wertbeständigen Lohn zu beginnen haben.

Zu der im letzteren berührten Zweiteilung des Lohnes macht Dombrowski im einzelnen folgende Ausführungen:

Wenig geholfen ist dem Arbeiter und Angestellten mit einem Wochenlohn für jene Waren, die eine gewisse Geldansammlung voraussetzen: Mäße, Kleider, Schuhe und dergleichen. Entweder führen die Sparkassen, vorbehaltlos, Konten mit wertbeständigem Geld ein, oder aber der Lohn wird den Arbeitnehmern nur zu einem Teil wöchentlich und zu einem anderem Teile monatlich oder vierteljährlich bezahlt. Das Entscheidende ist die Wertbeständigkeit des Geldes. Begibt sich der Arbeiter das Geld, das er am Wochenschluß erhält, sofort in tausend Mark, zurück, um sich dafür nach einiger Zeit einen Anzug oder sonst einen dauernden Gegenstand zu kaufen, so nützt ihm alle Wertbeständigkeit des Wochenlohnes nichts, da die Markentwertung unabhängig davon fortgeschritten kann. Selbst dagegen der Arbeitgeber das Geld auf und gibt es ihm später zu der jeweiligen Schlüsselzahl ab, so hat es nicht an seiner inneren Kaufkraft eingebüßt.

Die „Frankfurter Zeitung“ erörtert den Währungsverfall vom außer- und innerpolitischen Standpunkte und kommt dabei zu folgenden bemerkenswerten Feststellungen:

Die Mark (in solchen Mengen, daß wir damit eine ins Gewicht fallende Zukaufseinfuhr kaufen könnten), ist im Auslande nicht mehr

Deutsche Baulegenden.

I.

Der Kirchturm von Thann.

Der Zeit der Lebensblüte, Kommt du ins Städtchen Thann, Im Elsass weleth gebietet, Ein Wunder sprichst du dann: Werdust du fühlst Hans und Straßen: Wie frisch vom Spund gelassen.

Die Thanner Bürger bauen In Dornen, Lieb und Dank Für ihren Gott und Schwerm Einem Dom gerühmt. Wie wuchs das Werk so frohlich, Wie war ganz Thann so heilig!

O weh, da kam der Sommer Mit heißer, trockner Glut. Wohl kauf das Sonnenschein Rings goldnes Rebenblat, Doch Gras und Blumen dorrtten Und Leben abertorten.

Und bald, — o schlimmes Unglück! — Verdorrte trauerlich auch Des Städtchens kleines Städtchen Der solchen Feuerhauch. Der Mädel wird nicht fertig, Der Dom liegt still, und rüßig!

Da sprach ein Ratsherr weise, Bedächtig und besinnlich: Wie, wenn vom Ueberflusse, Des Weins zum Bau man wähnt? Des Weins geht dem drohen, Es kam ja auch von oben!

Mit Weisheit rüßte man den Mädel Aus hundert an zum Bau, Und aus dem Städtchen duffel's Dom Weis in Himmelstau. Bald war der Dom vollendet, Dem Herrn in Lieb gependet.

Und gültig hat der Herrgott Das Opfer angesehen; Noch immer zeigt alljährlich Er's aller Welt so schön: Vom Dom fällt Duft die Straßen, Wie frisch vom Spund gelassen. Georg Nowotnick.

Perlen deutscher Städte

8. Lübeck

Lübeck, noch heute unter den drei letzten freien Hansestädten, ist der herrlichste aller mittelalterlich deutschen Volkentorte. Der volle Abglanz des Hauptes der mächtigen Hanse, des männlich-schönen Würgerturns ruht noch jetzt auf ihm. Lübeck's stolzes Burggestirn des mächtigen Seebundes, und Lübeck kennt daher nur der, der die Geschichte der Hanse kennt. Diese hat gerade in der Gegenwart besonderes Interesse, denn sie bedeutet den privatwirtschaftlichen Zusammenbruch von Kaufleuten in einer Zeit politischer Ohnmacht des deutschen Reiches, die im 15. Jahrhundert beginnt. Ohne Reichsschutz beherrschte die Hanse lange Zeit die Meere, und ihre Mitglieder wurden heimlich mehr als wohlhabend. Privat- und Staatswohlfahrt schienen damals getrennt. Und sieht es heute bei uns nicht ganz ähnlich aus? Scheinen nicht Handel und Industrie wie selten zu blühen, wachsen nicht die Privatkapitalien im Ungemessene an, während unser Reich als solches politisch fast ohnmächtig und finanziell fast bankrott ist? Aber gerade die Geschichte der Hanse lehrt das Verderbliche solcher Zustände und die notwendige Gleichsetzung von Privat- und Allgemeininteresse. Vor allem muß man bedenken, daß die Hanse in ihrer Blütezeit fast einem politischen Verbände durch ihre Ausdehnung und Organisation gleichkam, daß eigene große Machtmittel hinter ihr standen, die sogar so stark waren, daß die Hanse stetig auswärtige Mächte bekämpfte und im Jahre 1370 sich gar das Befestigungsrecht für die bänische Königswahl erkämpfte und doch ging auch die Hanse bald und notwendigerweise zugrunde, nämlich sobald die auswärtigen Staaten einigermassen gesiegt waren. Nun war die Privatmacht bedeutungslos, und da das greisenhaft schwache Reich keine wirksame Unterstützung ließ, wurde sie bald zerstückelt. Privat- und Staatswohl sind eben auf Geheiß und Verderb miteinander verbunden. Ist es nötig, das noch für heute auszuführen, wo die Verschlingung aller Interessen

noch viel inniger geworden ist, und wo einerseits Handel und Industrie gar keine eigene faktische Macht hinter sich haben, andererseits unser Reich durch den Vertrag von Versailles kraftlos ist als je? Ohne Aufstieg der Gesamtheit gibt es auf die Dauer keine wirtschaftliche Blüte privater Kreise!

Hanz und Schimmer aber ruhte auf dem Lübeck der Zeit, wo es das Herz der Hanse war. Aller Augen ruhten auf ihm: sein Marktrecht erhielt in vielen anderen Städten Geltung, seine Baukunst (besonders die prachtvolle Marienkirche!) wurde weithin Vorbildlich. Das Selbstbewußtsein und der Stolz der wohlhabenden Bürger ging so weit, daß sie eben jene Marienkirche aus eigenen Mitteln auführten, nur um eine noch glänzendere bürgerliche Kirche zu haben, als es der bischöfliche Dom war. Am höchsten aber stammte der Stolz der Lübeckischen Bürgerschaft auf, als sie beim Zerfall der Hanse ganz allein Kühn und heldenmütig unter dem Bürgermeister Wullenweber den Plan faßten, die Herrschaft über die baltischen Meere zu behaupten. So focht das einzige Lübeck gegen Dänen und Schweden, natürlich aber ohne Erfolg. Im Selbenschimmer sank es nun bald unter. In jüngster Vergangenheit strebt es als Wein- und Holzhanse wieder kräftig aufwärts.

Obenerwähnte Marienkirche gehört zu den besten Monumenten niederdeutscher Backsteinbaues, der aus dem hanzischen Holland herübergekommen war. Dem etwas spärlichen Material entsprechend fehlen bei diesen Bauten die vielen zierlichen Ornamente, doch begünstigt es dafür sehr die mächtigen Wölungen und läßt leicht mächtige Hallenbauten aufzuführen. Die Marienkirche wurde um 1300 errichtet; sie ist dreischiffig und wird von zwei hohen Türmen überragt. Im Innern birgt sie Kunstschätze von sehr hohem Wert, wie etwa den Altarschrein, das Sakramentshäuschen, einige Glasgemälde. Älter als die Marienkirche ist der berühmte Dom, schon 1173 von Heinrich dem Löwen, dem sächsischen Gönner der Stadt, begründet. Er ist teils noch romanisch, teils gotisch. Das Kostbarste des Baues ist die Vorkirche, ein Preisstück des Uebergangsstiles.

Von den Profanbauten ist der hervorragendste der des Rathauses, der ähnlich wie in Braunschweig aus zwei rechtwinklig aufeinanderstehenden Flügeln besteht. Die riesigen gotischen Backsteingiebel wirken überwältigend. Einige Neubauten stammen aus der späteren Renaissancezeit. Es wird das „großartigste Rathaus des deutschen Mittelalters“ genannt. Im höchsten Maßeseller steht ein Tisch, der aus dem Holz des letzten baltischen Admiralschiffes gefertigt sein soll und der des „Admiraltisch“ heißt. Georg Nowotnick.

ablehnen. Wir werden jetzt Einfuhr gegen Noten nicht mehr erhalten. Die Besteuerung, die wir dem Auslande durch unsere Währungs-  
 perfall auferlegt haben — eine der schlimmsten Quellen für die fort-  
 währende misstrauische Abneigung der Welt gegen uns — dürfte  
 jetzt erschöpft sein. Wollen wir weiter mehr einführen, als wir durch  
 Einfuhr bezahlen, so wird das nur durch ausländische Valutakredite  
 oder, was sehr viel wichtiger ist, durch das Eingehen von  
 Kapital an das Ausland möglich sein. Die Ueberforderung,  
 die durch Verkauf von Aktien, Grundstücken, von Geschäftsbeteiligungen  
 an Ausländer schon in den letzten Monaten ständig gewachsen ist, wird  
 dadurch einen neuen Anstoß erfahren.

Auch die Expropriation des deutschen Marktes, diese un-  
 geheuerliche, grauigste Enteignung, die die Weltgeschichte jemals  
 gesehen hat, ist jetzt durchgeführt. Für den Papiermarkbesitzer, soweit  
 er sich nicht rechtzeitig in Sachwerte zu retten vermochte, wie für alle, die  
 nicht mehr arbeiten können, bleibt als wichtigster Rückhalt die Erhaltung  
 der Familie. Es bleibt daneben die Hilfe der privaten und öffentlichen  
 Fürsorge. Heute geht Verbitterung und Verzweiflung  
 durch die Millionen Arbeiter und Gehaltsempfänger.  
 Eine schleunige Anpassung bis zur äußersten Grenze des  
 Möglichen ist geboten, damit diese Erregung nicht zu einer  
 Gefahr für Volk und Staat werde. Einsicht der Unternehmer,  
 und kräftige Agitation der Arbeitnehmer müssen sich zusammenschließen.  
 Der Staat aber muß sich Geld schaffen aus den Taschen der  
 Bürger und nicht bloß durch die Notenpresse.

Die Goldrechnung für die gesamte Wirtschaft fordert  
 folgende Entscheidung, die der Reichsbund des  
 Einzelhandels auf seiner neulich statt-  
 gefundenen Hauptversammlung angenommen hat:

Der Einzelhandel, dem es unmöglich gemacht wird, anders als  
 in fremder Währung zu kaufen, erblickt die einzige Lösung der  
 durch den Währungsverfall entstehenden Schwierigkeiten in der be-  
 stimmten Einstellung der gesamten Wirtschaft auf Goldrechnung. Es  
 ist nicht länger erträglich, daß jede neue Geld-  
 entwertung einseitig der Masse der auf Papier-  
 markteinkommen angewiesenen Bevölkerung und  
 dem von der Kaufkraft dieser Kreise abhängigen  
 Einzelhandel zur Last fällt.

Natürlich! Der Einzelhandel kann die ihm von den  
 Produzenten zu Goldmarktpreisen aufgehängten Waren nicht  
 los werden, weil die breiten Konsumentenschichten der Lohn-  
 und Gehaltsempfänger über völlig unzulängliche Papier-  
 markteinkommen verfügen. Deutlicher als es durch die vor-  
 stehende Entscheidung geschieht, kann wohl die Kaufkraft  
 dieser Schichten nicht gekennzeichnet werden.

## Die Lehrlingsfrage im Handwerk

Der blutige Weltkrieg mit seinen üblen Nachwirkungen  
 der Revolution und des Versailler Vertrages hat un-  
 serem gesamten Wirtschaftsleben gewaltigen Schaden zu-  
 gefügt. Unsere hoch entwickelte Industrie wurde zurück-  
 gedrängt und mußte große Anstrengungen machen, um  
 sich über Wasser zu halten. Dennoch gingen manche  
 Industriezweige mehr oder weniger ein. Am meisten  
 von allen Berufen hatte wohl das Handwerk durch den  
 Krieg und seine Folgeerscheinungen zu leiden. Das  
 Handwerk, welches vor dem Kriege sich einer wahren  
 Blütezeit erfreute, erlitt während des Krieges fast  
 völlige. Sein Schlüsselhandwerk, das Baugewerbe, mußte  
 sich fast ausschließlich auf militärische und staatliche Ar-  
 beiten beschränken. Die private Bautätigkeit war ziem-  
 lich ganz unterbunden. Die naturnotwendige Folge war,  
 daß alle anderen Handwerkszweige davon mehr oder  
 weniger in Mitleidenchaft gezogen wurden.

Ganz von selber nahm dann der Entwicklungs-  
 gang der letzten Jahre seinen Lauf, daß viele selbständige Handwerks-  
 meister in die Reihen des Proletariats zurückgedrängt  
 wurden; ihre frühere sichere und selbständige Existenz  
 war dahin. Eine weitere üble Folge für das Handwerk  
 war, daß der Nachwuchs, der in normalen Zeiten ihm  
 zufließte, sich der Rüstungsindustrie oder anderen lohnen-  
 deren Berufszweigen zuwandte. Dadurch blieb das Hand-  
 werk ohne den notwendigen Zuwachs junger Kräfte. So  
 kam es denn auch, daß, als beispielsweise die Bautätig-  
 keit im Baugewerbe im Sommer 1921 merklich auflebte,  
 ein großer Mangel an Facharbeitern (Mauren und Zim-  
 mernern) entstand. Der Versuch, durch die Umschulung  
 von ungelerten zu gelerten Arbeitern den Ausfall  
 weit zu machen, konnte nur als Notbehelf angesehen  
 werden, er hat auch in der Praxis recht enttäuscht. Kei-  
 nesfalls kann darin ein dauerndes Mittel zur Beseitigung  
 des Facharbeitermangels erblickt werden. Vielmehr stehen  
 die handwerklichen Organisationen auf dem Standpunkte,  
 daß die Erhaltung des Handwerks bezw. seine Höher-  
 entwicklung nur durch die gründliche Ausbildung eines  
 quantitativ und qualitativ völlig ausreichenden jungen  
 Nachwuchses zu bewerkstelligen ist. Alles andere bleibt  
 Quacksalberei und schießt am Ziel vorbei.

Wird eben die Entwicklung des Handwerks auch eine  
 Angelegenheit der in Betracht kommenden Arbeiterorga-  
 nisationen ist, müssen dieselben aber auch unbedingt ver-  
 langen, daß sie hinsichtlich der Gestaltung der Lohn- und  
 Arbeitsbedingungen für den handwerklichen Nachwuchs  
 ein Wort mitzureden haben. Die mit Rücksicht fort-  
 schreitende geschichtliche Entwicklung bringt es mit sich,  
 daß die Jungensauschüsse und Handwerkskammern sich  
 der gemeinsamen Regelung dieser hochwichtigen Frage  
 nicht länger verschließen können und dürfen. Gerade die  
 Frage der Entlohnung der Lehrlinge ist von so weit-  
 reichender Bedeutung für das Handwerk, daß sie un-  
 möglich noch länger eine einseitige Regelung erträgt.  
 Wer glaubt jemand im Ernste, daß ein Arbeiter seinen  
 Jungen heute noch ein Handwerk erlernen läßt, wenn  
 dieser als ungelerner Arbeiter am Lohnstage mehr mit-  
 nach Hause bringt als der Lehrling? In einer Familie  
 mit vier und mehr Kindern sind die Eltern auf jeden  
 Pfennig angewiesen und muß das Einkommen des Lehr-  
 lings hierbei einkalkuliert werden. Den Luxus kann sich  
 eben heute kein Arbeiter mehr erlauben, ein Kind ein  
 Handwerk erlernen zu lassen und für diese Zeit Kost und  
 Kleidung beizugehen ohne jede Gegenleistung zu geben. Das  
 was vielfach vor dem Kriege der Fall. Heute hört das  
 infolge der schlechten Löhne ganz von selbst auf. Fern-  
 und jetzt in vielen Berufen ein starker Andrang von  
 Lehrlingen ist, so ist das meines Erachtens eine mehr

## Am 7. Juli 1923 ist der siebenundzwanzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1923 fällig.

vorübergehende Erscheinung; sie hängt mit den infolge  
 der Ruhrbesetzung schlechten Absatzverhältnissen der In-  
 dustrie und des Bergbaues zusammen. Darüber mögen  
 sich alle in Frage kommenden Kreise im klaren sein,  
 ohne eine durchgreifende Regelung der Lohn- und Ar-  
 beitsbedingungen der Lehrlinge im Handwerk ist eine  
 Gesundung desselben ausgeschlossen.

Im Baugewerbe hat der Reichsstarbvertrag hin-  
 sichtlich der Lehrlingsfrage wesentliche Verbesserungen ge-  
 bracht. Allerdings konnte die bezirksliche Regelung der  
 Löhne meist noch nicht erfolgen, weil der Arbeitgeber-  
 verband bislang jedem ernststen Verhandeln auswich. Sof-  
 fentlich bringen die nächsten Wochen die erwünschte Klar-  
 heit. Die Bauarbeiterverbände müssen sonst die Ver-  
 antwortung für die aus dieser Falschung der Arbeitgeber  
 entstehenden Folgen ablehnen. Die Lehrbedingungen  
 müssen berichtigt sein, daß bei den Eltern wieder ein  
 gewisser Anreiz geweckt wird, ihre Kinder in Handwerks-  
 lehre zu geben.

Deutschland galt vor dem Kriege als hochentwickelter  
 Kultur- und Wirtschaftsstaat. Vor allem stand die deutsche  
 Qualitätsarbeit überall hoch im Ansehen. Wollen wir  
 diesen Ruf wieder zurückgewinnen, dann müssen dem  
 Handwerk jene Kräfte zugeführt werden, die es not-  
 wendig zu seiner Gesundung braucht. Deshalb verlangen  
 die gewerblichen Arbeiterorganisationen mit Recht, daß  
 sie bei der Regelung der Fragen, die den Nachwuchs im  
 Handwerk betreffen, gleichberechtigt mit herangezogen  
 werden. Bei alledem verkennen wir nicht, welchen schweren  
 Stand der einzelne Handwerksmeister in der jetzigen trost-  
 losen Zeit hat. Mancher ringt förmlich um seine Existenz.  
 Aber eben deshalb bedarf es der Anstrengung aller  
 zur Mitarbeit Verufenen, um die gegenwärtige Krise  
 zu überwinden. Die Arbeiterorganisationen sind der  
 Auffassung, daß mit der Regelung der Lehrlingsfrage  
 im vorstehenden Sinne dem sozialen Frieden im Handwerk  
 gedient wird und dieses selbst allmählich wieder den  
 einst gerühmten goldenen Boden unter die Füße bekommt,  
 zum Segen beider Teile. J. Einia.

## Die Herabdrückung der Lebens- haltung des deutschen Volkes

zeigt sich in einem starken Rückgang des Verbrauches.  
 Dies ist besonders augenfällig bei den für den Konsum  
 der breiten Massen kaum entbehrlichen Nahrungsmitteln  
 und Getränken, und da wieder in erster Linie bei den  
 Lebensmitteln, die früher zu einem großen Teil aus dem  
 Auslande bezogen werden mußten. So hatte Deutschland  
 vor dem Kriege beträchtliche Einfuhrüberschüsse an Eier,  
 Milch, Butter und lebendem Vieh. Heute haben diese  
 aufgehört oder sind kaum noch nennenswert. Es be-  
 trug der Einfuhrüberschuß auf den Kopf der Bevölkerung  
 in Kilogramm:

	1913	1923
für Eier . . . . .	2,49	0,0
Butter . . . . .	0,8	0,01 (Ausfuhrüberschuß)
lebendes Vieh . . . . .	2,1	0,4

Wie stark die Versorgung der deutschen Bevölkerung  
 mit Fleisch zurückgegangen ist, ergibt sich auch aus der  
 Abnahme der Schlachtungen von Tieren, die der amt-  
 lichen Fleischbeurteilung unterliegen. Unter Zugrundelegung  
 der Schlachtgewichte der Vorkriegszeit (1908) und der  
 Gegenwart (1922) errechnen sich aus den beschauften  
 Schlachtungen folgende für die Volksernährung haupt-  
 sächlich in Betracht kommende Fleischmengen:

	1913*)	1921*)	1922
Rindfleisch . . . . .	8 045 930 dz	6 136 608 dz	6 388 610 dz
Kalb- . . . . .	1 481 014	1 212 267	1 251 078
Schweinefleisch 13 919 211	5 684 552	5 540 890	
Hammeisfleisch . . . . .	882 716	460 319	389 269
Zusammen 23 878 871 dz	13 473 746 dz	13 769 807 dz	

\*) Umgerechnet auf den Gebietsumfang des Deutschen Reiches am Ende  
 Dezember 1922.

Gegenüber dem Jahre 1913 ergibt sich somit im  
 Jahre 1922 insgesamt ein Ausfall von 10 109 034 Doppel-  
 zentner, d. i. 42 v. H. der Fleischmengen, die in der Vor-  
 kriegszeit zur Verfügung standen. Der Gesamtfleisch-  
 verbrauch (Einfuhrüberschuß), beschauften und an-  
 dere Schlachtungen) betrug in Preußen auf den Kopf der  
 Bevölkerung im Jahre 1921 33,1 Kilogramm gegen 49,0  
 Kilogramm im Jahre 1913 und weist mithin eine Ab-  
 nahme um 15,9 Kilogramm oder 32,5 v. H. auf. Selbst  
 für Mehl mußte der Verbrauch infolge der Verteuerung  
 der Einfuhr durch die anhaltende Salutaverfälschung  
 stark herabgesetzt werden. Im Erntejahr 1913/14 waren  
 für menschliche und tierische Ernährungs- und gewerb-  
 liche Zwecke nach Abzug der Ausfuhrmenge und des Aus-  
 fuhrüberschusses und unter Hinzufügung des Einfuhr-  
 überschusses an Brotgetreide 10 321 543 Tonnen Roggen,  
 6 455 200 Tonnen Weizen und Spelz verfügbar. Auf den  
 Kopf der Bevölkerung entfielen damit 249 Kilogramm  
 Brotgetreide. Im Erntejahr 1921/22 waren dagegen ein-  
 schließlich der eingeführten Mengen an Roggen nur  
 6 284 199 Tonnen, an Weizen und Spelz nur 4 783 149  
 Tonnen verfügbar. Auf den Kopf der Bevölkerung ent-  
 fielen damit 1921/22 nur 181 Kilogramm Brotgetreide  
 oder 27 v. H. weniger als 1913/14. An Kartoffeln  
 standen dem Verbrauch zur Verfügung:

1913/1914 . . . . .	47 193 298 t
1921/1922 . . . . .	20 747 128 t

Der Verbrauch an Kartoffeln auf den Kopf der Be-  
 völkerung ist damit von 700 Kilogramm auf 340 Kilo-

gramm oder um 51 v. H. zurückgegangen. Wenn schon  
 der Verbrauch lebensnotwendiger Güter zurückgeht, so  
 ist dies ein deutlicher Beweis für die mangelnde Kauf-  
 kraft der breiten Massen. Das deutsche Volk muß sich auf  
 äußerste einschränken, alle nicht unbedingt lebensnotwen-  
 digen Ausgaben müssen unterbleiben, eine Befriedigung  
 kultureller Bedürfnisse auch nur bescheidensten Umfangs  
 ist nicht mehr möglich. Einfache Genussmittel kann sich  
 der Deutsche kaum noch kaufen. So sind die besonders  
 auch bei den arbeitenden Schichten der Bevölkerung schwer  
 entbehrlichen Getränke wie Kaffee und Tee fast uner-  
 schwinglich teuer geworden und können nicht mehr be-  
 schaff werden. Deshalb fiel der Kaffeeverbrauch auf den  
 Kopf der Bevölkerung von 2,44 Kilogramm im Jahre 1913  
 auf 1,70 Kilogramm im Jahre 1921. In der gleichen  
 Zeit hat sich der Kaffeeverbrauch in Frankreich um ein  
 Fünftel (von 2,91 auf 3,52 Kilogramm) auf den Kopf  
 der Bevölkerung erhöht und in den Vereinigten Staaten  
 von Amerika um mehr als ein Drittel (von 4,01 auf  
 5,46 Kilogramm) erhöht.

Der Bierverbrauch ist von 102 Liter im Jahre 1913  
 auf 38 Liter im Jahre 1920 gesunken.

Der Verbrauch entbehrlicher Genussmittel, ebenso der  
 sonstigen Luxuswaren, ist noch weit stärker gefallen.  
 R. W. B.

## Allgemeine Rundschau

### Warten in Würde und Klugheit!

Sind wir nun der Verständigung nähergekommen?  
 Bedeutende Wochen gingen ins Land. Wir haben durch  
 Cuno gesprochen; wir boten Milliarden, bestanden auf  
 dem passiven Widerstand, der ja spontan aus der Volks-  
 seele kommt und nicht auf Regierungs„befehl“, wir  
 ließen über die Unantastbarkeit und den Deutschcharakter  
 der Rhein- und Ruhrlande keinen Zweifel. Nun hat  
 die Welt das Wort. Das Echo war geteilt; hier das  
 Nein und Unannehmbar, dort, wenn auch sehr reserviert,  
 die Meinung: es läßt sich daraufhin verhandeln. Nichts  
 Ueberraschendes. Denn daß die Entente gefastet ist,  
 verhehlen sie selbst nicht mehr voreinander. Das nicht  
 mehr überraschende Nein kann im Grunde nichts ent-  
 scheiden, nichts zerstören und auch nichts erschüttern,  
 denn wir kommen alle doch an den Konvergenzpunkt,  
 weil alle müssen, um aus dem unheilvollen Zustand,  
 der alle vergiftet, herauszukommen. Ueberdies wird  
 die Weltmeinung anders, und entschieden nicht zum  
 Deutschenhaß, wenn auch darum noch nicht zur Deutschen-  
 liebe; mehr und mehr gewinnt das Nachdenken Ober-  
 hand und das Sorgen um die schwarzen Auswirkungen  
 in ferner Zukunft, wenn die Streitenden nicht ins Reine  
 kommen.

So wachsen in der Welt gegenspielerische  
 Kräfte, die auf die Dauer von Frankreich nicht miß-  
 achtet werden können. Denn auch der stärksten Militär-  
 macht mißglücken ihre Pläne, wenn sie auf dem besten  
 Wege ist, ihr geistiges Prestige in der Welt zu verspielen  
 und eine neue Weltmeinung gegen sich heranzu-  
 züchten. Dies Schicksal haben wir durchlitten — jetzt  
 kommt die Reihe an andere!

Darum wollen wir in Würde und Klug-  
 heit warten, groß im Denken und opferfroh und  
 deutsch — den Aufgaben dieser Stunde gewachsen und  
 nicht als ein kleines Geschlecht von Hörglern oder Klägern!  
 Würde, das heißt freudiger Patriotismus und  
 beherrschter Nationalstolz des wahren Patrioten.  
 Der wahre Patriot steht zwischen „Mies“ und „Kurra“  
 in beherrschter Kraft, ohne Haß, ohne Wahn,  
 mit treuherzigem warmem Herzen und kühlem Verstande.  
 Das allein ist Würde. Und birgt Bereitschaft. Und bringt  
 weiter. Die Klugheit aber schärft uns die Erinnerung  
 an die glorreiche deutsche Vergangenheit und stärkt uns  
 den Eifer zu erleuchteter Pflege unseres angestammten  
 Deutschtums.

An unser Ohr bringt noch immer der Ruf Ernsts,  
 des Freiheitskämpfers nach der Leipziger Völkerschlacht  
 „Wacht eure Augen auf die Ströme und Lande, o wendet  
 auch eure Herzen dorthin! Was seht ihr? Was sieht ihr?  
 Ihr seht das Land, das euch an die herrlichsten Arbeiten  
 und Kämpfe eurer Väter mahnet, ihr seht die Ursprünge  
 und Anfänge eures Volkes, die ältesten und heiligsten Er-  
 innerungen des Reiches der Deutschen, die Siege eurer  
 Väter, die Städte, wo eure Kaiser gewählt, gekrönt  
 und gesalbt wurden, die Gräber, wo eure Kaiser, eure Erz-  
 kaiser, eure Erzbischöfe schlafen, die Denkmäler eures  
 Ruhmes und eurer Größe, wohin ihr blickt, wohin ihr  
 tretet — und ihr könntet den Gedanken ertragen, daß  
 dieses Aelteste, dieses Ehrwürdigste, dieses Deutsche  
 französisch werden soll.“

Könnten wir Deutsche am Rhein je unserer Väter,  
 unseres Erbes vergessen? Es gibt für uns an Rhein und  
 Ruhr nur eine Antwort: „Der Mittelpunkt all  
 meiner Gedanken ist doch nur Deutschland!“  
 S. Ruster in der „Germania“.

### Ob's hilft?

Der Reichswirtschaftsminister Dr. Beder richtete an  
 den Reichsverband der deutschen Industrie, den Zentral-  
 verband des deutschen Großhandels, den Reichsverband  
 des deutschen Ein- und Ausfuhrhandels und den deutschen  
 Industrie- und Handelsstag folgenden Mahnruf: „Die  
 Devisenpolitik der Reichsregierung kann nur dann Erfolg  
 haben, wenn die industriellen Betriebe und Handelsfirmen  
 sich bei ihren Anfordrungen an den Devisenmarkt, ins-  
 besondere zwecks Einkauf ausländischer Rohstoffe und  
 Waren, die allergrößte Einschränkung aufer-  
 legen. In den Erörterungen über unsere Devisenlage  
 steht auf immer die Behauptung wieder, daß sowohl die  
 Rohstoff- und Warenlager wie die Devisenbestände bei  
 vielen Firmen über das unbedingt erforder-  
 liche Maß hinausgehen. Solche Bestände jetzt

